

Die Möwen sind die neuen Schwäne

Vorläufig sind auf dem Flugplatz Buochs keine Abschüsse von Schwänen nötig. Das Problem sind derzeit eher Möwen und Rehe.

Philipp Unterschütz

Weil die Anzahl der Schwäne die kritische Grösse überschritten hatte und die Tiere wegen der angerichteten Schäden und der Gefahr auf dem Flugplatz immer mehr zum Problem geworden waren, erhielt der Kanton Nidwalden Anfang Jahr vom Bund die Bewilligung zum Abschuss von Schwänen. Damit das rechtskräftig wird, musste die kantonale Abschussverfügung, die fünf Jahre gültig ist, zuerst öffentlich publiziert werden. Dagegen bestand die Möglichkeit der Einsprache. Solche gingen aber laut Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser innerhalb der Frist keine ein, dafür einige schriftliche Unmutsbekundungen.

Über beides ist die Regierungsrätin nicht überrascht. «Einerseits sind wir mit den interessierten Kreisen immer in einem relativ intensiven Dialog gestanden. Die Bevölkerung hat wohl auch verstanden, dass wir nicht einfach drauflos schiessen, sondern sehr sorgsam vorgehen. Andererseits sind die Unmutsbekundungen nachvollziehbar, vertreten diese Absender ja eine andere Ansicht.» Mit der Verfügung habe sich der Kanton nur die Möglichkeit geschaffen, bei Bedarf unverzüglich handeln zu können. «Wir agieren nur, wenn es unbedingt notwendig ist - und das ist momentan nicht der Fall», sagt Kayser. Das heisst, vorerst werden keine Schwäne



So sieht es aus, wenn Möwen und andere Vögel auf dem Flugplatz verscheucht werden.

Bild: Corinne Glanzmann (Buochs, 23. Oktober 2019)

auf dem Flugplatz Buochs geschossen, weil der Bestand nicht zu hoch ist. Das könnte sich aber schnell wieder ändern.

Möwen sind momentan auffälliger als Schwäne

Tatsächlich sind es momentan nicht die Schwäne, welche die Mitarbeiter auf dem Flugplatz

Buochs auf Trab halten. Die Natur macht sich viel mehr mit Möwen und auch zwei Rehen bemerkbar. «Fast täglich müssen wir vor Landungen oder Starts Möwen, die sich auf oder neben der Piste aufhalten, mit Schreckschüssen vertreiben», erzählt Flugplatzmitarbeiter Andy Jauch.

Die Häufung und die Aufenthaltsorte der Möwen kämen auf die Jahreszeit und auch auf die landwirtschaftlichen Aktivitäten im Flugplatzbereich an. «Der Möwenbestand hat aber zugenommen, sie sind momentan auffälliger als die Schwäne.» Möwen seien allerdings viel leichter zu erschrecken als die

Schwäne, die kaum reagierten. So hat es auf dem Flugplatz Buochs nicht nur gefährliche Situationen gegeben wegen der Schwäne. Von der Gefahr her komme es nicht auf die Grösse der Tiere an. «Ein einziger kleinerer Vogel kann ein Triebwerk beschädigen. Bei den Möwen, die oft in Schwärmen auffliegen,

«Bei den Möwen, die oft in Schwärmen auffliegen, ist das Risiko natürlich entsprechend gross, dass es zu Kollisionen kommen kann.»

Andy Jauch

Mitarbeiter Flugplatz Buochs

ist das Risiko natürlich entsprechend gross, dass es zu Kollisionen kommen kann.»

Im Auge behalten Andy Jauch und seine Kollegen auf dem Flugplatz auch zwei Rehe, die sich oft dort aufhalten. «Auch diese müssen wir ab und zu verscheuchen, sie rennen dann davon und legen sich ins Gras, wo sie jeweils längere Zeit bleiben. Meist halten sie sich am gleichen Ort auf.»

Schwäne habe es momentan gegen 15 Stück, die sich eigentlich immer am Pistenende in Richtung Ennetbürgen aufhalten. Auch diese behalten die Flugplatz-Mitarbeiter jederzeit genauestens im Auge.

Viel Kritik an den Spital-Szenarien

Die Varianten für die Zukunft des Kantonsspitals Obwalden waren gestern vielen Kantonsräten zu vage. Scharfe Kritik gab es am Spitalrat.

Franziska Hegerer

Wie dies bereits beinahe Tradition ist, drückte der Obwaldner Kantonsrat seine Unzufriedenheit mit der Thematik rund um das Kantonsspital, dessen Kosten und die Planung der Spitalzukunft gestern mittels Enthaltungen aus. 17 Kantonsräte waren es zum Bericht über die Versorgungsstrategie im Akutbereich. 35 weitere nahmen den Bericht zur Kenntnis.

Darin zeigt die Regierung vier Varianten für den Anschluss des Kantonsspitals an eine Versorgungsregion mit Nidwalden und Luzern auf: die verstärkte Zusammenarbeit, der Betrieb durch das Luzerner Kantonsspital (Luks), eine Holdinglösung mit dem Luks und dem Kantonsspital Nidwalden oder eine vorwiegend politische Umsetzung der Versorgungsregion (wir berichteten).

Das war im Rat vielen zu vage, obwohl die von der Regierung favorisierte Strategie der Versorgungsregion in der Vernehmlassung grundsätzlich breite Unterstützung gefunden hatte. Kritik kam insbesondere von der CVP-Fraktion, die sich grösstenteils der Stimme enthielt. Man frage sich ernsthaft, ob der eingeschlagene Weg der richtige

sei, meinte Veronika Wagner (Kerns) und erinnerte daran, dass der Kanton heute fast gleich viel, nämlich rund 10 Millionen Franken, für den Standorterhalt des Spitals ausbebe wie für die Leistungen (11,5 Millionen).

Regierung soll sich Zeit nehmen

«Warum hat der Regierungsrat ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, wenn er von vornherein ein Vorgehen bevorzugt?», fragte Cornelia Kaufmann (CVP, Engelberg). Diverse Teilnehmer hätten neben der Versorgungsregion auch den Verkauf, die Schliessung oder die Weiterführung des Kantonsspitals im Status quo als Option gesehen. «Der Bericht ist für mich ein Papiertiger.»

Allenthalben wurden genauere Informationen gefordert. Kommissionspräsidentin Regula Gerig (CSP, Alpnach) fand, wie diverse weitere Redner, es wäre wünschenswert gewesen, wenn die vom Regierungsrat aufgezeigten Szenarien «ein Preischild gehabt hätten». Niklaus Vogler (CVP, Lungern) betonte, es brauche eine Vollkostenrechnung zu allen Leistungsgruppen, die im Spital erbracht werden. Auch der künftige Leistungsauftrag des Spitals müsse zunächst

«Der Spitalrat hat selber keine Visionen entwickelt und steht mutlos vor einem Scherbenhaufen.»



Ivo Herzog
Kantonsrat (SVP, Alpnach)

definiert werden. Man solle sich Zeit nehmen, um die richtige Lösung zu finden. Der Zeitplan der Regierung, welche die Strategie der Versorgungsregion innert

Breite Unterstützung für Psychiatrie-Provisorium

Weil das Psychiatriegebäude an der Brünigstrasse in Sarnen saniert werden muss, soll die Psychiatrie Mitte 2022 in die Unter- und Oberstadt Freiteil an der Militärstrasse zügeln (wir berichteten). Der entsprechende Bericht der Regierung wurde im Kantonsrat mit 46 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Kenntnis genommen.

Dass man einen ortsnahen Übergangsort für die Psychiatrie gefunden habe, und dies mit 1,75 Millionen Franken vergleichsweise kostengünstig, wurde allseits begrüsst. Hinsichtlich der dringend notwendigen Sanierung des Psychiatriegebäudes forderte die SVP-Fraktion bereits heute, es brauche für den Umbau ein Gutachten in Sachen Denkmalschutz. «Wir wollen einen zweiten Fall wie die Obwaldner Kantonalbank vermeiden», erinnerte Christoph von Rotz (SVP, Sarnen). (the)

einem Jahr ausarbeiten will, wurde allgemein als knapp erachtet. Auf Antrag von Dominik Imfeld (CVP, Sarnen) erklärte der Kantonsrat mit 32 zu 12 Stim-

men bei acht Enthaltungen eine Anmerkung als erheblich, wonach auch die Zusammenarbeit mit Zug, Uri, Schwyz oder Glarus abgeklärt werden solle.

Appell an Volk, in Obwalden ins Spital zu gehen

Kritik von allen Seiten hagelte es am Spitalrat. Er wirke überfordert, meinte Peter Löttscher (SP, Sarnen). Es sei stossend, dass im Spitalrat kein Vertreter der Angestellten sitze. Die Zusammensetzung des Rats müsse hinterfragt werden, fand auch CVP-Fraktionspräsident Marcel Jöri.

Und SVP-Fraktionspräsident Ivo Herzog wurde deutlich: «Ein Rat, der selber keine Visionen und Strategien entwickelt hat und nun mutlos vor einem Scherbenhaufen steht, wäre in der Privatwirtschaft längst abgesetzt worden.» Es sei nun Zeit, «selber Konsequenzen zu ziehen und Neuen Platz zu machen». Eine Anmerkung der Kommission, wonach die Regierung die Zusammensetzung des Spitalrats zu überprüfen habe, erklärte der Kantonsrat mit 48 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich.

Ebenfalls wollte die Kommission, dass künftig im Bericht zur Jahresrechnung des Spitals

die Entwicklung der Patientenströme aufgezeigt wird. Der Kantonsrat unterstützte dies mit 48 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen. 48 Prozent der stationären Behandlungen erfolgen heute ausserkantonale. Mehrere Redner appellierten an die Obwaldner, die möglichen medizinischen Leistungen auch in Obwalden zu beziehen.

Gesundheitsdirektorin Maya Büchi betonte: «Ich würde mir auch wünschen, ich wüsste schon ganz genau, was wie viel kosten wird. Aber an dem Punkt sind wir mit der Strategie im Moment noch nicht.» Diese sei ein Prozess, man wolle den Kantonsrat mit dem Bericht über den Zwischenstand informieren. Mit den Anmerkungen renne das Kantonsparlament offene Türen ein. Die Regierung wolle auch die Zusammenarbeit mit anderen Regionen abklären. Auch die bessere Abbildung der Patientenströme werde unterstützt. Und in Sachen Spitalrat sei man auf dem Weg. Der Regierungsrat will in absehbarer Zeit die Zusammensetzung und die notwendigen Kompetenzen des Spitalrats genauer umschreiben. «Ich bin aber der Meinung, dass dieses Thema nicht an die Öffentlichkeit gehört», schloss Maya Büchi.